

## **Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu / Miriam Schwarz): Sans-papiers in der Stadt Bern**

Mit der Besetzung einer Kirche in der Stadt Bern machen sogenannte Sans-papiers auf ihre gravierende Lage aufmerksam. Diese Menschen leben ohne Aufenthaltsbewilligung hier; viele leben seit mehreren Jahren in einem sozusagen rechtsfreien Zustand in der Schweiz und in Bern. Die Wirtschaft benützt sie als billige Arbeitskräfte. Da sie ohne gültige Papiere sozusagen rechtlos sind, haben sie keine Möglichkeit, sich gegen ihre Ausbeutung zu wehren. Die Situation der Sans-papiers hat auch eine grosse Ungewissheit über die unmittelbare und mittelfristige Zukunft zur Folge, was zu einer erhöhten psychischen Belastung, teilweise auch einer Traumatisierung, dieser Menschen führt.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Ist der Gemeinderat nicht auch der Auffassung, dass die heutige rein einzelfallbezogene Härtefall-Regelung, wie sie im Artikel 13f der „Verordnung über die Begrenzung der Ausländer in der Schweiz“ festgelegt ist und die gesetzlich nur beschränkte Möglichkeiten für positive Entscheide zulässt, dem Problem der in der Stadt Bern lebenden Sans-papiers nicht gerecht wird?
2. Ist es nicht dringend notwendig, das heute bestehende polizeiliche Ermessen bei der Behandlung von sogenannten Härtefällen abzubauen und klare, objektive und messbare Vorgaben zu machen?
3. Wird der Gemeinderat beim Kanton vorstellig werden, um eine kollektive Regularisierung der in der Stadt Bern lebenden Sans-papiers zu erwirken? Wenn ja, mit welchen Mitteln? Wenn nein, warum nicht?
4. Ist der Gemeinderat bereit, jene Sans-papiers, die mit ihrer Protestaktion sichtbar geworden sind, vor einer willkürlichen Ausschaffung zu bewahren?

Bern, 13. September 2001

Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu/Miriam Schwarz SP)

*Begründung der Dringlichkeit:* Seit dem 9. September halten ca. 20 Sans-papiers die Marienkirche im Breitenrain besetzt. Sie wollen mit dieser Aktion die Öffentlichkeit sensibilisieren und auf ihre Probleme aufmerksam machen. Eine politische Diskussion der Problematik der Sans-papiers auch in der Stadt Bern, in der viele Sans-papiers leben, ist notwendig.